Zulassungsentzug

„Gute Führung“ hilft Sündern nun nicht mehr

Wurde einem Vertragsarzt die Zulassung entzogen, stand ihm bisher ein juristischer Kniff zur Verfügung, wenn er mit einer Klage den Vollzug der Strafe verzögerte: Zeigte er sich während dieser Zeit von seiner besten Seite, konnte der Entzug am Ende unverhältnismäßig wirken. Die obersten Sozialrichter haben diese Rechtsprechung nun aufgegeben.

Nachträgliches
Wohlverhalten:
irrelevant vor
dem Sozial-
gericht

Am 17. Oktober 2012 hatte das Bundessozialgericht (BSG) über die Frage zu entscheiden, ob der Entzug einer ärztlichen Zulassung rückwirkend unverhältnismäßig wird, wenn der Arzt in der Folge „Wohlverhalten“ an den Tag legt. Im konkreten Fall ging es um den Inhaber einer radiologischen Einzelpraxis, der von 1994 bis 1998 zahlreiche Leistungen abgerechnet hatte, die von nicht genehmigten Assistenten oder von nicht ärztlichem Personal erbracht worden waren.

Im Jahr 2003 wurde er wegen Betrugs verurteilt – und der Berufungsausschuss entzog die vertragsärztliche Zulassung. Dagegen klagte der Radiologe. Das Landessozialgericht (LSG) München gab ihm im Jahr 2011 Recht: Auch wenn der Entzug zum Zeitpunkt der Entscheidung eigentlich rechtmäßig gewesen war, wurde er durch nachfolgendes „Wohlverhalten“ des Arztes unverhältnismäßig. Auf die von der KV eingelegte Revision hin bestätigte nun

das BSG die Entscheidung des LSG (Az. B 6 KA 49/11 R). Gleichzeitig ändert es aber für die Zukunft grundlegend seine sogenannte „Wohlverhaltensrechtsprechung“ bei Entziehung der ärztlichen Zulassung.

Gröbliche Pflichtverletzung

Zum Hintergrund: Verletzt ein Vertragsarzt gröblich seine Pflichten, führt dies zum Entzug der Zulassung gemäß § 95 Abs. 6 Satz 1 SGB V in Verbindung mit § 27 Satz 1 der ärztlichen Zulassungsverordnung. Von einer gröblichen Pflichtverletzung ist auszugehen, wenn durch die Art und Schwere des Verstoßes das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und KV derart gestört ist, dass eine weitere Zusammenarbeit nicht möglich ist. Davon kann zum Beispiel bei Falschabrechnung, unzulässiger Delegation von Leistungen und ähnlichem Fehlverhalten ausgegangen werden.

Sofern nicht der sofortige Entzug angeordnet wird, kann sich der Vertragsarzt zur

Wehr setzen – zunächst per Widerspruch, später dann auch per Anfechtungsklage. Bis zur rechtskräftigen Entscheidung darf er dann weiterhin vertragsärztlich tätig sein. Dieser Zeitspanne zwischen dem noch nicht vollzogenen Zulassungsentzug und der gerichtlichen Entscheidung maß das BSG bislang besonderes Gewicht zu. Hier machte es eine Ausnahme von dem Prinzip, dass auch vor Gericht immer die Sach- und Rechtslage gilt, die zum Zeitpunkt der letzten Verwaltungsentscheidung herrschte. Stattdessen konnte nachträgliches ärztliches Wohlverhalten dazu führen, dass der Zulassungsentzug schlussendlich als unverhältnismäßig galt.

Im Ergebnis konnte der Arzt durch eine überlange Verfahrensdauer vor Gericht in Verbindung mit einem gebührlchen Verhalten während dieser Zeit dem Dammoklesschwert entgehen.

Das BSG entschied nun, dass dieses Modell künftig keine Anwendung mehr findet. Ein „Wohlverhalten“ des Arztes kann von nun an ausschließlich in einem Verfahren auf Wiederzulassung gewürdigt werden. Nur vereinzelt können noch Ärzte von der Wohlverhaltensrechtsprechung profitieren, wenn der Berufungsausschuss ihren Fall bereits vor Veröffentlichung des BSG-Urteils entschieden hatte.

Im seinem Terminbericht gab das BSG übrigens unter anderem einen interessanten Grund für die Abschaffung der Regelung an: In den letzten Jahren hätten sich die beruflichen Perspektiven der Ärzte innerhalb und außerhalb der vertragsärztlichen Versorgung deutlich verbessert. Insofern komme ein Zulassungsentzug faktisch nicht mehr dem Ende der ärztlichen Tätigkeit gleich. *Sonja Schmitz*